

VN-INTERVIEW. Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler (49)

„Auf Tunnel verzichten“

Liechtensteins Regierungschef Hasler ist gegen das Feldkircher Straßenbauprojekt.

WIEN. (VN-joh) Die Beziehungen zu Österreich seien sehr gut, stellt der liechtensteinische Regierungschef Adrian Hasler im VN-Interview am Rande eines Wien-Besuchs fest. Derzeit sieht er nur ein Problem: den Verkehr. Hasler fordert den Verzicht auf die Feldkircher Tunnelspange, die in Richtung seines Landes geht. Sie würde das Verkehrsaufkommen erhöhen.

Österreich betreibe keine Außenpolitik, sagen Kritiker. Nehmen Sie das auch so wahr?

HASLER: Ich sehe sehr gute und intensive Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein auf den verschiedensten Ebenen. Die enge Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten hat eine lange Tradition.

Aufgrund der Nachbarschaft gibt es ja viele Berührungspunkte. Auch weniger erfreuliche. Stichwort „Verkehr“. Wie sehen Sie die Feldkircher Tunnelpläne?

HASLER: Das ist natürlich ein ganz aktuelles Thema, das von unserer Bevölkerung kritisch diskutiert wird. Das Anliegen von Vorarlberg, Feldkirch zu umfahren, ist absolut legitim. Das hat die liechtensteinische Regierung in einem Positionspapier 2009 auch anerkannt. Was aus unserer Sicht aber problematisch ist, ist die Tunnelspange, die Richtung Liechtenstein geplant ist. Wir befürchten, dass der Verkehr dadurch zunehmen wird.

Was wäre die Lösung?

HASLER: Dass man auf diese Tunnelspange verzichtet.

Setzen Sie dabei auf Gespräche oder gar rechtliche Schritte?

HASLER: Wir setzen auf Gespräche mit unseren Vorarlberger Kollegen. Im Moment läuft eine Petition liechtensteinischer NGOs, die versuchen, über den parlamentarischen Weg mehr zu erreichen. Die Schwierigkeit wird sein, den Nachweis zu erbringen, dass es mehr Verkehr geben wird. Wir rechnen mit einer Zunahme von sechs bis zehn Prozent. Aber das zu belegen, ist die Herausforderung.

Auch in Vorarlberg gibt es das Bild, wonach in Liechtenstein Milch und Honig fließen. Doch Liechtenstein spart, zuletzt wurde die einzige Geburtenstation aufgelöst. Worauf ist diese Entwicklung zurückzuführen?



Der Finanzplatz Liechtenstein öffnet sich: Hasler schaut dennoch zuversichtlich in die Zukunft. FOTO: HOPI-MEDIA

HASLER: Mehrere Faktoren haben dazu beigetragen, dass die Einnahmenseite eingebrochen ist: Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch an Liechtenstein nicht spurlos vorbeigegangen. Der starke Franken wirkt sich auf den Export aus. Und ein neues attraktives Unternehmenssteuerrecht mit Flattax hat zu Steuerrückgängen geführt. Die Ausgabenseite konnte in den letzten Jahren stabilisiert werden. Unterm Strich ist aber ein Defizit von rund 200 Millionen Franken zustande gekommen - bei einem Haushalt von rund 900 Millionen Franken ist das wirklich markant.

Aber Sie verfügen über ein Polster, die hohen Rücklagen.

HASLER: Liechtenstein ist nicht verschuldet, sondern verfügt über ein Staatsvermögen von rund 1,5 Milliarden Franken. Das gibt uns Sicherheit, zwingt uns aber dennoch, zu handeln und unser Ziel zu realisieren, wieder zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zu kommen.

Zuletzt haben Sie mit dem Abschied vom Bankgeheimnis für Aufsehen gesorgt...

HASLER: ... ich muss korrigieren: Nicht Abkehr vom Bankgeheimnis, sondern auf dem Weg zum automatischen Informationsaustausch.

Also Abschied vom Bankgeheimnis für Ausländer.

HASLER: Nein. Damit ausländische Staaten ihre Steueransprüche geltend machen können, geht es darum,

ihnen am Ende eines Jahres gewisse Daten mitzuteilen. Das Bankkundengeheimnis wird damit eingeschränkt, aber nicht abgeschafft. Der Schutz der Privatsphäre ist uns wichtig. Informationen über laufende Transaktionen z. B. werden nicht weitergeleitet.

Was hat Liechtenstein zu diesem Informationsaustausch bewegt?

HASLER: Das Thema hat europaweit deutlich an Dynamik gewonnen. Und daher haben wir uns die Frage gestellt: Wollen wir eine aktive oder eine reaktive Rolle einnehmen. Wir haben uns klar für eine aktive Rolle entschieden, weil wir überzeugt sind, damit auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu haben und unseren Kunden auch langfristige Planungs- und Rechtssicherheit garantieren zu können.

Das Steuerabkommen zwischen Liechtenstein und Österreich ist mit 1. Jänner in Kraft getreten. Spüren Sie schon Auswirkungen?

HASLER: Dafür ist es noch zu früh.

Fürchten Sie keine Abwanderung vom Finanzplatz Liechtenstein? Was macht ihn noch attraktiv?

HASLER: Der Finanzplatz Liechtenstein hat eine Zukunft. Wir können viele Standortvorteile anbieten: Wir sind ein politisch sehr stabiles Land im Herzen von Europa, verfügen mit dem Schweizer Franken über eine starke Währung, haben ein AAA-Rating und verfügen als EWR-Mitglied und durch den Zollvertrag mit der Schweiz über den Zugang zu zwei Wirtschaftsräumen. Zudem verfügen unsere Finanzdienstleister über ein großes

Know-how in der professionellen Betreuung von vermögenden Kunden.

Stichwort „europäische Integration“: Welches Ziel sehen Sie für Liechtenstein?

HASLER: Der EWR ist für uns die richtige und bewährte Stufe für die europäische Integration. Er sichert den Marktzugang zu rund 500 Millionen Kunden. Das ist für uns entscheidend. Abgesehen davon hätten wir als Kleinstaat mit 37.000 Einwohnern gar nicht die personellen Ressourcen, die für eine aktive EU-Mitgliedschaft notwendig wären.

Ist es kein Nachteil, nicht EU-Mitglied zu sein?

HASLER: Wir müssen als EWR-Mitglied darauf achten, dass keine Diskriminierungen stattfinden. Wenn die EU neue Strukturen aufbaut, z.B. neue Aufsichtsbehörden, ist es für uns zentral, dass die EWR-Staaten nicht vergessen werden.

Ist das fürstliche Vetorecht gegen Landtagsentscheidungen in Liechtenstein nach dem klaren Volksentscheid 2012 dafür noch ein Thema?

HASLER: Das Thema ist erledigt. Aus meiner Sicht funktioniert die Zusammenarbeit mit dem Erbprinzen sehr gut. Wir pflegen einen regelmäßigen Informationsaustausch. Beim Vetorecht wird von Außenstehenden im Übrigen gerne vergessen, dass wir sehr ausgeprägte Volksrechte haben, die auch regelmäßig genutzt werden.

Das Volk könnte sogar die Monarchie abschaffen. Aber das scheint nun wirklich kein Thema zu sein.

HASLER: Nein. Das Fürstentum ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor.

Kommentar

Peter W. Schroeder



Geheimdienst-Reförmchen

Wer von der Grundsatzrede von US-Präsident Obama die Mitteilung von der Beendigung des Endes der weltweiten amerikanischen Datenschnüffelei rund um den Erdball erwartete, darf enttäuscht sein. Die angeblich allen Menschen der Welt nutzende, ihr Leben sicherer machende und Terroristen das üble Handwerk erschwerende Totalüberwachung der Welt wird ohne substanzielle Einschränkung fortgeführt. So etwa nach dem Obama-Motto „Yes, we can“ und „Yes, we do“.

Dabei ist Obamas Anspruch, die Welt vor dem Bösen zu bewahren, nichts als nobel. Aber das angewandte Mittel

der privaten Aufklärung

praktisch aller Menschen und die Missachtung unverzichtbarer Persönlichkeits- und Bürgerrechte sind dazu nicht geeignet und verwerflich. Obama muss sich - wie etliche Präsidenten vor ihm - vorwerfen lassen, selbst das Opfer einer Sicherheitshysterie geworden zu sein und mit der Gefahrenabwehr die Gefahren nur noch zu vergrößern.

Denn die Totalüberwachung hat entgegen US-amtlichen Beteuerungen noch keine einzige Terrortat verhindert. Die von Obama nach dem Aufdecken der US-Geheimdienstpraktiken durch den Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden und der anschließenden weltweiten Kritik jetzt verkündeten „Reformmaßnahmen“ sind Kosmetik und ein Bekenntnis zum ungebremsten Weitermachen.

Künftig sollen auch weniger Handys ausländischer Staats- und Regierungschefs abgehört werden. Aber wer von den Damen und Herren einen Spitzelfreibruf bekommt, bleibt geheim. Damit kann auch in Zukunft niemand sicher sein. Auch amerikanische Wirtschaftsspionage im Ausland und zum Nutzen von US-Firmen soll es laut Obama bald nicht mehr geben. Was einerseits die amtliche Bestätigung eines offenen Geheimnisses ist und andererseits ungläubiges Staunen auslösen darf. Denn was machen die US-Geheimdienste mit den beim Datenstaubsaugen anfallenden Wirtschaftsgeheimnissen der US-Konkurrenz? Nicht hören, nicht sehen und nichts weitersagen?

Nach seinem Wahlkampfmotto „Yes, we can“ sollte sich der US-Präsident etwas Wirkungsvolleres zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus einfallen lassen. Wie wäre es mit einer Rückbesinnung auf die löblichen und beispielhaften Grundwerte der US-Demokratie?

Peter W. Schroeder, Washington



Bei Protesten in Bangkok eskaliert Gewalt

Bei den Protesten gegen Thailands Regierung eskaliert in Bangkok die Gewalt. Am Samstag wurde ein Wachmann an einem Demo-Camp angeschossen. Gestern verletzte ein Sprengsatz 28 Menschen teils schwer. Die Gewalt wirft ein Schlaglicht auf die seit Wochen andauernde Krise, die inzwischen auch die Wirtschaft des Landes in Mitleidenschaft zieht und die Gesellschaft spaltet. Seit Beginn der Proteste im November kamen neun Menschen ums Leben. FOTO: EPA

Offensive gegen Al-Kaida im Irak

BAGDAD. Das irakische Militär hat eine Offensive gegen die Al-Kaida-Rebellen in mehreren Städten westlich von Bagdad gestartet. Gemeinsam mit verbündeten Stammeskämpfern griffen sie gestern in der Provinz Anbar an, wo die Aufständischen Teile der Städte Falludscha und Ramadi halten. Premier al-Maliki sagte nach mehrstündigen Gefechten, es gehe ihm zuerst darum, den „Terrorismus“ zu bekämpfen.

Syrien-Konferenz ist fixiert

Syrische Exil-Opposition hat ihre Teilnahme bei den Friedensgesprächen zugesagt.

GENÈVE. (VN) Der bedeutendste Verband der syrischen Exil-Opposition, die vom Westen unterstützte Syrische Nationale Koalition, hat sich darauf verständigt, an den von der internationalen Gemeinschaft vermittelten Friedensgesprächen in der Schweiz

kommende Woche teilzunehmen.

Damit ist das letzte Hindernis für die von Mittwoch an geplante Verhandlungsrunde zwischen den syrischen Konfliktparteien und internationalen Vermittlern aus dem Weg geräumt. Die USA, UNO und Deutschland begrüßten den Teilnahmebeschluss der Syrischen Allianz. Die sogenannten Genf-2-Gespräche finden in Montreux am Gen-

fer See statt. Auch Vertreter des Regimes von Präsident al-Assad nehmen teil.

Die Teilnahme war in der Dachorganisation - der Exil-Allianz der syrischen Opposition - heiß umstritten. Nach harten Diskussionen stimmten 58 Teilnehmer des Treffens für, 14 gegen den Beschluss. Zwei Delegierte enthielten sich der Stimme, eine Stimme war ungültig.